

DSTG *Magazin* 7/8

Gewerkschaftsorgan der
Deutschen Steuer-Gewerkschaft
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Juli/August 2001
50. Jahrgang



Die deutsche Mannschaft auf dem Betzenberg in Kaiserslautern

„Schach“ rettet Ehre der Finanzsportler

DSTG-Jugend: Sparen nicht um jeden Preis

Sachsen: Im Gespräch mit Finanzminister de Maizière

Besoldungsstruktur kann Osten hart treffen

**DBB-Seiten
17-48**



Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Bundesregierung bleibt ihrem Kurs treu, für Beamte Verschlechterungen durchsetzen zu wollen, wo sie nur einen Ansatzpunkt finden kann. Nach dem Trauerspiel um die Besoldungserhöhung 2000/2001/2002 legte sie ein Besoldungsstrukturgesetz auf, das ebenfalls in den entscheidenden Punkten Einbußen vorsieht. Nun folgt als dritter Keulenschlag die Ankündigung von Bundesinnenminister Schily, er müsse wegen der Abstriche bei der Rente auch die Pensionen vermindern. Schily plant, die Versorgungsbezüge für die Ruheständler bis zum Jahr 2010 um rund 5 % abzusenken. Wenn es bei Renten Abstriche gebe, könne die Beamtenversorgung nicht auf bisherigem Niveau bleiben. Dies ist das Credo.

Dabei wird gerne verdrängt, dass Renten und Pensionen nur bedingt vergleichbar sind. Beamtenpensionen sind die Konsequenz einer lebenslangen Anstellung. Hier ist zu berücksichtigen, dass zwischen den aktiven Bezügen und den Ruhegehaltsbezügen ein enger Zusammenhang besteht. Schon bei der Berufswahl und beim Eintritt in das Berufsbeamten-tum wird sowohl vom Dienstherrn wie auch von den Betroffenen das relativ bescheidene Aktivgehalt mit der etwas besseren Versorgung abgewogen. Wer 35 oder 40 Jahre das bescheidene Aktivgehalt akzeptiert, weil er die etwas bessere Versorgung mit in die Kalkulation einbezogen hat, fühlt sich schlicht betrogen, wenn ihm die zugesagte gute Versorgung dann bei Eintritt des Versorgungsfalls nicht gezahlt wird. Insoweit sind Ruhegehaltsbezüge also grundsätzlich nicht mit Renten vergleichbar. Wir werden unsere ganze solidare Kraft aufwenden müssen, um ungerechtfertigte Eingriffe in die Versorgung zu vermeiden. Auch wenn man anerkennen muss, dass der demografische Faktor für die Beamtenversorgung bedeutsam ist, muss in Rechnung gestellt werden, was bisher im Versorgungsbereich bereits alles gekürzt wurde. Viel gewerkschaftliche Überzeugungs-

arbeit wird notwendig sein, um über die Fraktionen des Bundestages unberechtigte und ungerechtfertigte Kürzungen der Pensionen zu verhindern. Es darf auch nicht außer Betracht bleiben, dass Pensionen mit Ausnahme des Versorgungsfreibetrages voll besteuert werden und Renten immer noch wesentlich günstiger nur mit dem Ertragsanteil steuerlich erfasst werden. Das ausstehende Verfassungsgerichtsurteil wird dies korrigieren.

In diesen Tagen stellen Politiker auch erschreckt fest, dass die Steuereinnahmen 2002 geringer sind als kalkuliert. Wenn gefragt wird „warum“, muss man sich die Mahnungen der Deutschen Steuer-Gewerkschaft vor Augen führen. Aufgrund der schlechten Personallage, aber auch wegen lückenhafter Gesetze geht sehr viel Geld verloren. Der Umsatzsteuerbetrag ist so sehr in Mode gekommen, dass diese Steuerausfälle in den Kassen spürbar werden. Unsere langjährige Forderung nach verstärkter Bekämpfung der Umsatzsteuerbetrügereien hat nun Gehör gefunden. Sowohl der Bundesfinanzminister wie die Länderfinanzminister haben verstärkte Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung in die Wege geleitet. Neben verschiedenen organisatorischen Maßnahmen ist auch eine zentrale Umsatzsteuerbetrugsdatei beim Bundesamt für Finanzen im Aufbau – unsere Forderung, die nun erfüllt wird. Dennoch ist auch hier der Zwischenruf angebracht: organisatorische Maßnahmen allein helfen nicht. Wir brauchen mehr Personal.

Wir brauchen für die international operierenden Steuerbetrüger eine bundeseinheitliche Taskforce! Auch dieser Ruf der DSTG wurde gehört. Eine Taskforce soll beim Bundesamt der Finanzen angesiedelt werden. Dies geht aber auch nicht nach der Methode, dass Kolleginnen und Kollegen aus dem Zollbereich und Betriebsprüfungsbereich mit einem Crashkurs zu Steuersonderermittlern oder -fahndern getrimmt werden sollen. Für diese Aufgaben müssen gut ausgebildete „Bundesfahnder“ tätig werden, die eng mit der europäischen Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF zusammenarbeiten. Nur so kann die Truppe wirksam die organisierten europaweiten Betrügereien bekämpfen.

Mit kollegialen Grüßen

Jhr
Dieter Ondracek

IMPRESSUM: Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), In der Raste 14 (DSTG-Haus), 53129 Bonn, Telefon (02 28) 5 30 05-0, Fax (02 28) 23 90 98, Internet: www.dstg-verlag.de, E-Mail: dstg-bonn@t-online.de. Verantwortlich: Dieter Ondracek, Rafael Zender. Verlag: Steuer-Gewerkschaftsverlag, In der Raste 14, 53129 Bonn, Telefon (0 228) 5 30 05-0, Fax (02 28) 23 90 98. Fotos: DSTG-Archiv, Fiegl. Anzeigenverwaltung DSTG Magazin: Steuer-Gewerkschaftsverlag, In der Raste 14, 53129 Bonn, Telefon (02 28) 5 30 05-13, Fax (02 28) 23 90 98. Anzeigenpreisliste Nr. 22 gültig ab 1. Januar 2001. Nachdruck honorarfrei gestattet. Gestaltung: Marian Neugebauer. Bezugsbedingungen: Das DSTG-Magazin erscheint zehnmal jährlich. Der Bezugspreis ist durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Dem DSTG-Magazin regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen in jedem Fall nur die Meinung des Verfassers dar. HERAUSGEBER DER DBB-SEITEN: Bundesleitung des DBB, Peter-Hensen-Straße 5-7, 53175 Bonn, Telefon (02 28) 8 11-0, Telefax (02 28) 8 11-1 71. Internet: www.DBB.de, E-Mail: post@dbb.de. CHEFREDAKTION DER DBB-SEITEN: Franz-Josef Schmitz, Dr. Walter Schmitz, Redaktion: Jan Brenner, Sabine Pakebusch; Redaktionsassistentin: Ruth Breiholz. FOTOS: DBB, Fiegl, MEV. VERLAG: DBB Verlag GmbH. VERLAGSORT UND BESTELLANSCHRIFT: Peter-Hensen-Straße 5-7, 53175 Bonn, Telefon (02 28) 8 11-2 25, 2 26, 2 27, Postgironkonto: Köln 2017 04-503 VERSANDORT: Düsseldorf. VERLAGSPOSTAMT: Postamt 1 Köln. HERSTELLUNG UND ANZEIGEN: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Internet www.vva.de, E-Mail info@vva.de. ANZEIGENLEITUNG: Ulrike Niggemann, Telefon (02 11) 73 57-6 39, Telefax (02 11) 73 57-5 07. Anzeigentarif Nr. 42 (DBB Magazin). Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. ISSN 0178-207X

DSTG

Internationales Finanzsportturnier vom 10. bis 15. Juni 2001 in der Pfalz: „Schach“ rettet Ehre der Finanzsportler	4-6
DSTG-Jugend: Sparen nicht um jeden Preis	7-8
Sachsen: Im Gespräch mit Finanzminister de Maizière	8-9
Besoldungsstruktur kann Osten hart treffen	9-10
Pension bei Berufsentscheidung einkalkuliert: Jede Neuregelung der Beamtenversorgung ist ein Eingriff in Besitzstände	11
2. Deutsche Marathon- und Halbmarathonmeisterschaften der Finanzverwaltung	11
22. Verbandstag in Soest: Stellenabbau in NRW mit fatalen Folgen	12
Ausgedünnter Innendienst meldet „Land unter“	13
Zivilcourage bewiesen	14-15
Tauschcke	15
In eigener Sache: Umzug läuft	15

DBB

Berufspolitik:	
Betriebsverfassungsgesetz	6
Beihilfeneuregelung	6
Amtsangemessene Alimentation	7
dbb forum siebengebirge:	
Tagen im Grünen	20
KMK-Anhörung	21
Gespräch mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung	21
Politik aktuell:	
Elektronische Verwaltung	24
Jugend im DBB	25
Frauen im DBB	26-27
DBB Online:	
Dienstleistungen für den öffentlichen Dienst	30-31
Im Interview:	
Innenstaatssekretär Claus Henning Schapper	32-33
Senioren im DBB	34
Meinung	38-39
EU aktuell	40-41
Euro-Bargeldeinführung	42-43
Tarifpolitik	46-47

Internationales Finanzsportturnier vom 10. bis 15. Juni 2001 in der Pfalz

„Schach“ rettet Ehre der Finanzsportler

Da auch für den folgenden Tag keine Wetterbesserung in Sicht war, verlegte das Orga-Team die Eröffnungsfeier des 46. Internationalen Finanzsportturniers kurzerhand aus dem Stadion in die Sporthalle der Sportschule Edenkoben. Es zeigte sich schnell, dass diese Entscheidung richtig war. Als Vertreter des Schirmherrn, Ministerpräsident Kurt Beck, wandte sich der rheinland-pfälzische Finanzminister Gernot Mittler nach den Begrüßungsworten des Organisationsleiters, Kollegen Gerhard Ultes, an die Sportler und Gäste. Diese waren zahlreich und hochrangig erschienen: u. a. Bürgermeister Werner Kastner, DSTG-Chef Dieter Ondracek, der Aufsichtsratsvorsitzende des 1. FC Kaiserslautern, Hubert Kessler, zahlreiche Vertreter der Finanzverwaltung, der gesamte DSTG-Landeshauptvorstand aus Rheinland-Pfalz mit Detlev Stoltz an der Spitze sowie zwei Gründerväter der DFSH, Ehrenmitglied Hans Merkel und DSTG-Ehrenvorsitzender Hermann Fredersdorf.

Für die musikalische Umrahmung sorgte das Polizeiorchester Rheinland-Pfalz, das die Nationalhymnen der teilnehmenden Länder in hervorragender Präzision intonierte. Dann eröffnete DFSH-Vorsitzender Richard Huber das Turnier und die Sportler konnten endlich den freundlichen Worten Taten folgen lassen. Die deutschen Teilnehmer sollten aber schnell erfahren, dass der Weg zum Erfolg steinig werden würde.

Besonders leidgeprüft war unsere Fußballmannschaft. Der Vorjahressieger des Deutsch-

Emsige Helfer aus dem Finanzamt Kaiserslautern hatten im Hof der Sportschule des Südwestdeutschen Fußballverbands in Edenkoben ein Zelt als Verpflegungs- und Kommunikationstreffpunkt hergerichtet. Der Sonntag ließ dann aber Böses ahnen: Der anhaltende Regen spülte die ersten Rinnsale unter Tischen und Bänken her über den Boden. Die im Laufe des Tages eintreffenden Gäste aus Belgien, Frankreich, Griechenland, Luxemburg, Österreich und Ungarn wurden so zwar vom Wetter hart geprüft, aber nicht weniger herzlich in der Pfalz begrüßt.

landturniers in Augsburg, Finanzamt Essen-Ost, wusste von früheren Auftritten noch, auf welch hohem Niveau sich dieses Turnier Jahr für Jahr bewegt. Aus diesem Grund war im Vorfeld versucht worden, weitere höherklassig agierende Spieler als Verstärkung hinzuzugewinnen. In den letzten Wochen vor Turnierbeginn schlug das Verletzungspech hart zu, sodass zwei Tage vor dem ersten Anstoß noch nicht feststand, wer das Tor hüten würde.

Es gelang zwar noch, alle Lücken im Schnellverfahren zu schließen, allerdings stand damit eine vollkommen veränderte Mannschaft auf dem Spielfeld. Gegner Griechenland (Vorjahresdritter) war der erste Prüfstein. Schon bei der Begrüßung erkannten die Spieler in den Reihen der Griechen neue Gesichter. Der Spielverlauf zeigte, dass mit diesen Neuen das Team verstärkt worden war. Während die deutsche Mannschaft noch versuchte ihr Spiel zu ordnen,

schlug der Gegner konsequent im Konterstil zu und nach den ersten 30 Minuten stand es bereits 0:2. Der Versuch, in der zweiten Hälfte durch mehr Risiko noch Turnierchancen zu wahren, wurde – größtenteils über Konter – hart bestraft. Am Ende hieß es 6:0 für Griechenland.

Ähnlich erging es den deutschen Sportlern in den anderen Disziplinen: Die Tischtennis-Spieler verloren am ersten Spieltag 2:4 und 0:6, beim Tennis lauteten die Ergebnisse im Langsatz dreimal 1:9 und einmal 2:9, womit in beiden Fällen das Tabellenende abonniert war. Bei diesem Trend machten – wie in den Vorjahren – die Schachspieler eine Ausnahme. Mit zwei Internationalen Meistern und fünf FIDE-Meistern war zwar auch diese Konkurrenz hochkarätig besetzt, die besten acht Spieler hatten einen ELO-Schnitt von 2.335 und damit gutes 2. Bundesliga-niveau. Die deutschen Farben vertraten Hajo Vatter (Karlsruhe) und Holger Mach (Hamburg). Von Beginn an über-

Im Gespräch bei der Eröffnungsfeier (v. l. n. r.): Finanzminister Gernot Mittler, DSTG-Chef Dieter Ondracek, DFSH-Vorsitzender Richard Huber, Oberfinanzpräsident Alfred Basenau und Finanzpräsident Helmut Janzen. Im Hintergrund der stellvertretende DSTG-Bundesvorsitzende Joachim Rothe und DSTG-Ehrenvorsitzender Hermann Fredersdorf.





Orga-Chef Gerhard Ultes bei seiner Begrüßung im Fritz-Walter-Stadion.



Der Fußball-Weltmeister von 1954 Otmar Walter gratuliert der griechischen Mannschaft zu ihrem Turniererfolg.



Vor imposanter Kulisse fand das Endspiel zwischen Ungarn (links) und Griechenland statt.



In der Halbzeit des Endspiels überreichten Oberfinanzpräsident Alfred Basenau (Koblenz) und Hubert Kessler die Siegermedaillen an die Tennis-, Tischtennis- und Schachspieler.

nahm dieses Team Platz 1, am Eröffnungstag wurden gleich alle sechs Partien gewonnen.

Die Führung wurde bis zum letzten Tag behauptet und ausgebaut. Mit 18,5 Mannschaftspunkten gelang schließlich ein deutlicher Turniersieg vor den Mannschaften aus Österreich und Frankreich (je 16,5 Punkte). Einzelsieger wurde – wie schon in den Vorjahren – Hajo Vatter (10,5 von 12 möglichen Punkten), Holger Mach erreichte bei seinem Einstand einen hervorragenden vierten Platz.

Von diesem Erfolg ließen sich zum Turnierende auch die Tischtennispieler noch anstecken. Eigentlich schon hoffnungslos auf dem letzten Platz liegend, gelang am letzten Spieltag ein 4:2-Sieg über Ungarn, durch den (nur mit dem besseren Satzverhältnis) Österreich noch überflügelt wurde. Für die Tennisspieler blieb die Ausbeute dagegen mit nur einem gewonnenen Satz sehr mager.

Den Fußballern gelang im zweiten Spiel eine deutliche Leistungssteigerung. Gegner Österreich hatte im ersten Spiel Belgien mit 3:0 geschlagen und wollte sich diese gute Ausgangsbasis auf keinen Fall

nehmen lassen. Die verstärkte Essener Elf „kassierte“ zum Ende der ersten Halbzeit ein unglückliches Gegentor, hatte aber im zweiten Durchgang einige hochkarätige Chancen, aber ohne zählbaren Erfolg. Nach diesen beiden Niederlagen war das letzte Spiel fast bedeutungslos, eine erneute 1:6-Niederlage gegen Belgien bedeutete schließlich den letzten Gruppenplatz und in der Endabrechnung Platz 7.

Zum Glanzlicht des Turniers geriet dann die Abschlussveranstaltung im Fritz-Walter-Stadion auf dem Betzenberg in Kaiserslautern. Zum Fußballendspiel trafen sich auf dem Rasen, der sonst den Profis vorbehalten bleibt, die Mannschaften aus Griechenland und Ungarn. Gerhard Ultes hatte dafür gesorgt, dass die Atmosphäre im Stadion an Bundesligaspiele heranreichte. Der Stadionsprecher stellte die Akteure namentlich vor und auch der Ordnungsdienst konnte sich mit den Regularien eines Profispieletags bestens aus. Nach den Nationalhymnen piff der deutsche Schiedsrichter Detlef Mohr (Duisburg) ein hochklassiges Spiel an. Bei mehreren Torszenen auf beiden Seiten ging das Publikum – je nach Unterstützungslager



Die Schach-Europameister Hajo Vatter (Karlsruhe) und Holger Mach (Hamburg).



Sie sorgten für einen reibungslosen Turnierverlauf: Die Turnierleiter (jeweils v. l. n. r.) Mario Roth und Horst Bereswill (Tennis) (oben), Günter Körper und Manfred Fuhrmann (Tischtennis) (rechts) und Klaus Kehrein (Schach) (oben rechts). Nicht im Bild die Turnierleiter Fritz Höhn und Armin Schüler (Fußball).



Als Dank für seine hervorragende Turnierorganisation überreicht der DFSH-Vorsitzende Richard Huber dem Orga-Chef Gerhard Ultes aus Kaiserslautern ein kleines Präsent.

– lautstark mit.

In den Halbzeitgesprächen war sich die Mehrzahl der „Experten“ einig: Das Turnier hatte sehr viel Kraft gefordert, da an drei Tagen vor dem Endspiel bereits 180 Minuten gespielt werden mussten. Ungarn wirkte jünger und konditionsstärker, dies würde wohl ausschlaggebend sein. Es kam anders. Die Griechen machten mit hervorragendem Spielverständnis die konditionelle Unterlegenheit wett, erzielten das 1:0 und mit zunehmender Spieldauer gingen beide Mannschaften konditionell „auf dem Zahnfleisch“. Für die deutsche Mannschaft blieb der Trost, dass der unglückliche

Turnierauftritt, der auch den weiteren Weg vorgezeichnet hatte, gegen den späteren Turniersieger stattgefunden hatte. Als Sahnehäubchen nach einem anstrengenden Turnier fand in den VIP-Räumen des Fritz-Walter-Stadions eine glanzvolle Abschlussfeier statt. Es war ein besonderes Verdienst des Organisationsleiters Gerd Ultes, dass er neben dem

Stadion-Namensgeber Fritz auch seinen Bruder Otmar Walter sowie FCK-Präsident Jürgen „Atze“ Friedrich als Gäste begrüßen konnte. Unsere Gastnationen werden diesen gelungenen Abend wohl ebenfalls in angenehmer Erinnerung behalten, wovon zahlreiche Autogrammwünsche und Dankesworte zeugten.

Punktwertung des 46. Internationalen Finanzsportturniers 2001 in Deutschland

		Fußball	Tennis	Tischtennis	Schach	Gesamtpunkte
1. Platz	Griechenland	14	2	6	1	23
2. Platz	Ungarn	12	3	3	4	22
3. Platz	Österreich	10	5	1	6	22
4. Platz	Luxemburg	8	6	4	3	21
5. Platz	Frankreich	4	7	5	5	21
6. Platz	Belgien	6	4	7	2	19
7. Platz	Deutschland	2	1	2	7	12

DSTG-Jugend:

Sparen nicht um jeden Preis

Die DSTG-Jugend traf sich vom 19. bis 21. Mai 2001 zu ihrem 14. Bundesjugendtag unter dem Motto „Finanzverwaltung... sparen, egal was es kostet...?!“ in Wuppertal. Die Wahl des Veranstaltungsorts war kein Zufall, denn der wieder gewählte Vorsitzende Markus Griebenow ist eingefleischter Wuppertaler.

Griebenow eröffnete den Bundesjugendtag und begrüßte die 86 Delegierten, Gastdelegierten und Gäste im Hotel „mercure“.

dorf hat den Bundesjugendtag nicht nur mit vielen wichtigen Hinweisen zur Gewerkschaftsarbeit unterstützt, er hat ihn auch durch seine humorvolle Art aufgelockert und dafür viel Beifall geerntet.

Nachdem der Bundesjugendtag durch den „alten“ Vorsitzenden eröffnet wurde, wählten die Delegierten die Verhandlungsleitung, die von Michael Westphal (Hamburg) und Claudia Busch (Rheinland-Pfalz) ausgezeichnet wahrgenommen wurde.



Die neue Bundesjugendleitung mit dem Bundesvorsitzenden, von links nach rechts: Daniela Werner, Dieter Ondracek, Yvonne Delvo, Mario Moeller, Christina Köhler und Markus Griebenow.

Die Delegierten und Gäste aus den 16 Bundesländern garantierten nicht nur für verschiedene Dialekte, sondern auch für verschiedene Stimmen zu den Bereichen Ausbildungsreform, Situation in den Finanzämtern, Steuergesetzgebung, Bürgerfreundlichkeit, Fürsorge, Frauenangelegenheiten, Besoldung und Versorgung, um hier nur einige Punkte zu nennen.

Die Teilnehmer begrüßten den Ehrevorsitzenden der DSTG, Hermann Fredersdorf. Freders-

Nach der Wahl des Wahlausschusses (Nina Jellmann, Michaela Illgner und Jan P. Assmuss) konnte dieser die Wahlergebnisse nach der einstimmig erteilten Entlastung (die alte BJL enthielt sich der Stimme) einholen und bekannt geben.

Zum Vorsitzenden wurde Markus Griebenow (BV Düsseldorf) für eine dritte Amtsperiode wiedergewählt. Neu in das Gremium kam Mario Moeller (LV Berlin) als Schatzmeister. Bei der darauf folgenden Kampfabstimmung konnte sich, ebenfalls in der dritten Amtsperiode, Yvonne Delvo (BV Westfalen-Lippe) als Stell-



SpardaFest

Wollen Sie
**sparen mit
festen Zinsen?**

Kommen Sie
zur Sparda-Bank!

COUPON

Ja, ich will sparen mit festen Zinsen.

Bitte senden Sie mir Informationen.

Der Weg zur Sparda Bank ist einfach -
Coupon ausfüllen und einsenden an die Service-Agentur der Sparda-
Banken, Postfach 108, 66781 Wadgassen, Fax 0 68 34 / 94 20-45.

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon (tagsüber)

007

 **Sparda-Banken**

Freundlich & fair

vertreterin durchsetzen. Beim „Dreikampf“ kürten die Delegierten Christina Köhler (LV Hessen) zur stellvertretenden Vorsitzenden. Beim „Duell“ um den letzten Stellvertreterposten hatte Daniela Werner (LV Berlin) die Nase vorn.

Das wichtige Amt der Rechnungsprüfer wurde Claudia Busch (Rheinland-Pfalz) und Michael Volz (Hessen) übertragen. Stellvertretend wurden der ausgediente Schatzmeister Hans G. Kurdum und Tina Guretzki gewählt.

Am Abend wurde im „TiC“ (Theater in Cronenberg) gefeiert, weil Griebenow seit sieben Jahren in diesem Theater als Schauspieler den größten Teil seiner Freizeit verbringt.

Die Jugend fand am nächsten Tag, wenn auch unter Startschwierigkeiten, mit vollem Elan zur Arbeit zurück. 123 eingereichte Anträge wurden nach konstruktiven Diskussionen verabschiedet und weisen die Marschroute der DSTG-Jugend in den nächsten vier Jahren.

Insbesondere die Anträge zu der brandaktuellen Ausbildungsreform wurden in allen Einzelheiten erörtert und entsprechende Aufträge dem Arbeitskreis Ausbildung erteilt. Bei der öffentlichen Veranstal-

tung musste die DSTG-Jugend mit Bedauern feststellen, dass keiner der Oberfinanzpräsidenten aufgrund einer OFP-Konferenz teilnehmen konnte. Leider wurden auch keine Vertretungen entsandt. Enttäuscht war man auch über die geringe Resonanz der Fachhochschulen für Finanzen und der Landesfinanzschulen. Der seit kurzem amtierende Schulleiter der FHF Nordkirchen (NRW) Franz-Josef Flacke und der Schulleiter der LFS Haan (NRW) Klaus Saalman wurden deshalb besonders herzlich begrüßt. Saalman erhielt durch den Bundesjugendleiter das Maskottchen der DSTG-Jugend, den DSTG-Geier, als Dank für aktive Unterstützung der Jugendarbeit.

Zu Beginn der Öffentlichkeitsveranstaltung unter dem Motto „Finanzverwaltung ..., sparen ..., ... egal was es kostet!“ begrüßte der Leitende Stadtverwaltungsdirektor Lobers alle Gäste in der Stadt. Der Oberbürgermeister musste kurzfristig absagen, da ihn zwei Tage zuvor aufgedeckte Korruptionsfälle am Schreibtisch festhielten, sagte sein Vertreter. Eine frische Begrüßung mit einem gleichzeitigen Angebot, zukünftig einmal zusammenzutreffen, richtete der stellvertretende finanzpolitische Spre-



Die Podiumsteilnehmer diskutierten kritisch, ob Sparen um jeden Preis das Motto sein kann.

cher der SPD und Bundestagsabgeordnete Reinhard Schultz an die Zuhörer. Gewerkschaftliche Grüße übermittelten Hermann Fredersdorf und der Landesvorsitzende von NRW Werner Siggelkow. Als der Ehrenvorsitzende seine Rede hielt und in Bezug auf die Steuerverwaltung die Bibel erwähnte (er zitierte aus Paulus, Römer 13,6) „Denn sie sind Diener Gottes“ entfachte er eine Beifallswelle bei den Zuhörerinnen und Zuhörern. Als „Ziehvater in gewerkschaftlicher Hinsicht“ bezeichnete Griebenow den Landesvorsitzenden Werner Siggelkow, der in seiner jugendfreundlichen Art die Grußworte abrundete. Die Podiumsdiskussion unter Beteiligung der Bundestagsabgeordneten, Ursula Heinen (sie bot ebenfalls weitere Gespräche an!) von der CDU, des Bundestagsabgeordneten Hans-Werner Bertl von der SPD, Dr. Edeler (Vorsteher des FA Brühl), des Bundesvorsitzenden der DSTG Dieter Ondra-

cek und der Vorsitzende des BV Düsseldorf Hans-Werner Kaldenhoff war ein voller Erfolg. Über die inhaltlichen Positionen, die während der öffentlichen Veranstaltung vorgetragen wurden, wird die DSTG-Jugend gesondert informieren.

Die neu gewählte Bundesjugendleitung möchte auch gerade Sie aufrufen, konstruktiv an der Arbeit der DSTG-Jugend mitzuwirken. Gerade in der heutigen, vielerorts desolaten Situation ist es besonders wichtig, durch Solidarität und Kampfgeist den aktuellen und bevorstehenden „Verwaltungsreformen“ kritisch und mit eigenen Ideen und Verbesserungsvorschlägen entgegenzutreten.

Wir wollen zwar sparen, aber uns ist nicht egal, was es kostet!

Sachsen:

Im Gespräch mit Finanzminister de Maizière

Der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek und der Landesvorsitzende Joachim Rothe trafen mit dem Sächsischen Staatsminister der Finanzen Thomas de Maizière zu einem Gedankenaustausch zusammen. Von Seiten des Sächsischen Finanzministeriums nahmen an dem Gespräch die Herren Koell (Referatsleiter 36 für Organisation und Personal) und Oberacher (Referatsleiter 11) teil. Die DSTG-Vertreter erläuterten Finanzminister

de Maizière ihre Haltung der DSTG zum Besoldungsstrukturgesetz. Die DSTG hält nichts von der Absicht, die Eingangsbesoldung für den gehobenen und höheren Dienst variabel zu gestalten. In einem offenen Meinungs austausch machte Finanzminister de Maizière deutlich, dass er aus Ländersicht eine Beweglichkeit wolle. Es ginge ihm dabei nicht darum, Geld einzusparen, sondern schon bei der ersten Anstellung dem Leis-

tungsgedanken Rechnung zu tragen. Aus der Sicht des Finanzministers müsste es möglich sein, regional unterschiedlich zu besolden und die Prüfungsbesten von Anfang an höher zu besolden, als diejenigen mit durchschnittlichen Prüfungsergebnissen. Bundesvorsitzender Ondracek demonstrierte an Beispielen, welches Besoldungsdurcheinander und welcher Unmut unter den Beschäftigten entstehen kann. Die Tatsache, dass die Besol-

dungsbandbreite im gehobenen Dienst von A 8 bis A 10 reichen soll, belege eindeutig, dass es doch darum gehe, Geld einzusparen. Nach den Bestimmungen des Bundesbesoldungsgesetzes ist das Eingangssamt der Fachhochschulabsolventen A 10. Diese Bestimmung ist durch ein Spargesetz – nämlich das Haushaltsstrukturgesetz – außer Kraft gesetzt. Wenn es nur um eine Flexibilität ginge, müsse man konsequenter Weise die Eingangsbesoldung für den gehobenen Dienst von A 9 bis A 11 ansetzen. Ondracek wies auf die Gefahr einer variablen Eingangsbesoldung hin, dass

über diesen Weg eine niedrige Besoldung Ost festgeschrieben werde, was die DSTG nicht will. Finanzminister de Maizière wies darauf hin, dass er ausgehend von der Haushaltslage über Sparmaßnahmen nachdenken müsse. Auch hinsichtlich der Stellenplanobergrenzen verlangte de Maizière, den Ländern müsse freie Gestaltungsmöglichkeit gegeben werden und der Bund solle sich aus diesem Thema heraushalten. Dies sei ein Gebot des Föderalismus. Der Bundesvorsitzende Ondracek erläuterte, weshalb die DSTG einen bundeseinheitlichen Rahmen für notwendig erachte. Schon

Die DSTG-Vertreter sagten nachdrücklich, sie hätten kein Verständnis, dass privilegierte Beamtengruppen im öffentlichen Dienst Sonderbehandlungen erfahren, aber bei der Steuerverwaltung stets nach den sparsamsten Lösungen gesucht werde. Die Finanzminister sollten ihren Kabinettskollegen klarmachen, dass zuerst die Finanzämter das Geld einnehmen müssten, bevor es an anderer Stelle ausgegeben werden kann. Der Einnahmeverwaltung sei insoweit die höchste Priorität zuzumessen, auch wenn dies politisch weniger populär ist. Wei-

berücksichtigen sei. In die Zukunft betrachtet, meinte Minister de Maizière, dass sowohl im Tarifbereich wie im Besoldungsbereich eine Regionalisierung möglich sein müsse. Er halte es für falsch, dass in Ballungsräumen und wirtschaftlich prosperierenden Räumen gleiche Gehälter bezahlt werden wie in schwächer strukturierten Regionen. Darüber müssten auch die Gewerkschaften nachdenken. Ondracek und der Landesvorsitzende Rothe betonten nachdrücklich, dass die einheitliche Bezahlung in Ost und West ein hochrangiges gewerkschaftspolitisches Thema ist. Für die DSTG-Vertreter ist es nicht vorstellbar, dass die nächsten Tarif- und Besol-

dungsrunden abgeschlossen werden, ohne dass ein Zeitplan für die Angleichung der Bezüge mit verabschiedet wird. Wenn sich die starre Haltung der Regierungen der neuen Länder nicht ändere, ist ein Konflikt vorprogrammiert. Das in guter und freundlicher Atmosphäre offen geführte Gespräch machte es sowohl dem Finanzminister wie auch den DSTG-Vertretern möglich, alle Problemfelder anzusprechen und die unterschiedlichen Positionen ausdiskutieren. Die DSTG-Vertreter gewannen den Eindruck, dass de Maizière Verständnis für die Wünsche seiner Beschäftigten hat, aber als Finanzminister von Amts wegen auf der Suche nach Sparmöglichkeiten ist.

Von links nach rechts: DSTG-Bundesvorsitzender Dieter Ondracek, Finanzminister Thomas de Maizière, stellvertretender Bundesvorsitzender und Vorsitzender des DSTG-Landesverbandes Sachsen, Joachim Rothe.



Besoldungsstruktur kann Osten hart treffen

Der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek traf zusammen mit dem Landesvorsitzenden Günther Martini und dem Vorsitzenden des Hauptpersonalrats, Edkar Finke, zu einem ausführlichen Meinungsaustausch mit dem Staatssekretär im Finanzministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Rainer Elze, zusammen. Staatssekretär Elze wurde zum 1. April 2001 in sein Amt berufen. Von Seiten des Finanzministeriums nahmen an diesem Gespräch der Leiter der Abteilung Grundsatz, Herr Hermannus Erdwiens, sowie der Referatsleiter Steuern, Herr Dieter Schmidt, teil. Ondracek erläuterte Staatssekretär Elze die Position zum Entwurf des Besoldungsstrukturgesetzes der Bundesregierung. Er stellte dabei klar, dass für die DSTG nicht akzeptabel ist, wenn der Verheiratetenzuschlag gestrichen werden soll. Die vorgesehene flexible Eingangsbezahlung (gehobener Dienst A 8 – A 10, höherer Dienst A 12 – A 14) bringe für die Beschäftig-

ten keinen Vorteil. Die DSTG sehe darin vielmehr ein verkapptes Sparprogramm. Die Möglichkeit der abgesenkten Eingangsbezahlung würde auch große Probleme für die neuen Bundesländer auslösen, weil über diese Hintertür insgesamt eine abgesenkte Bezahlung im Osten eingeführt werden könnte. In der Praxis würde dieses Modell auch erhebliche Akzeptanzprobleme erzeugen und den Betriebsfrieden massiv stören. Zugleich wären Abwerbungen der reicheren Länder von den armen Ländern zu befürchten. Auch die anvisierte Freigabe der Stellenplanobergrenzen würde für die Beschäftigten der Steuerverwaltung mehr Negatives als Positives bewirken. Auch in diesem Punkt besteht die Gefahr, dass eine schlechtere Besoldung „Ost“ festgeschrieben werden könnte. Die DSTG habe sich stets dafür eingesetzt, dass die funktionalen Dienstposten der Steuer- und Finanzverwaltung einzeln bewertet werden. Die Regelungen der bundeseinheit-

von Verfassungen wegen sei die gleichmäßige Besteuerung vorgegeben. Eine gleiche Besteuerung setzt auch gleichqualifiziertes Personal voraus. Gleichqualifiziertes Personal müsse auch annähernd gleich besoldet werden. Die bisherigen Vorgaben in § 26 Bundesbesoldungsgesetz und der Funktionsgruppenverordnung setzten einen einheitlichen Rahmen. Mit der DSTG sei darüber zu sprechen, ob dieser Rahmen flexibler gestaltet werden kann. Dies ist in Teilbereichen sogar notwendig. Flexibilisierung könne aber auch ohne Freigabe der Stellenplanobergrenzen erreicht werden.

teres Gesprächsthema die Personalsituation der Steuerverwaltung in Sachsen. De Maizière kündigte an, dass auch die Steuerverwaltung in begrenztem Umfang Stellen abbauen müsse. Daran führe kein Weg vorbei. Der Bundesvorsitzende widersprach, dies sei unmöglich, solange der Bundesgesetzgeber laufend Mehrarbeit beschließe. Auch wenn die Einwohnerentwicklung in Sachsen rückläufig ist, bedeutet dies nicht zwangsläufig, dass in der Steuerverwaltung Personal frei werde. Die Steuerverwaltung arbeite auf Überlast, was bei der Suche nach Einsparpotenzialen zu



Von links nach rechts: Staatssekretär Rainer Elze, Hermannus Erdwiniens, Dieter Schmidt, Edkar Finke, DSTG-Bundesvorsitzender Dieter Ondracek, Landesvorsitzender Günter Martini.

lichen Stellenplanobergrenzen und der Ausnahmemöglichkeiten über die Funktionsgruppenverordnung waren eine wichtige Richtschnur für eine annähernd gleiche Stellen- und Beförderungsstruktur in den einzelnen Ländern. Die DSTG sieht in der vollen Freigabe Gefahren für die einheitliche Besoldung und nachfolgend Probleme für die gleichmäßige Besteuerung. Die DSTG habe sich stets darum bemüht, dass die Stellenplanobergrenzen für die Steuerverwaltung verbessert werden. Diese Notwendigkeit sieht die DSTG auch jetzt nach wie vor bestehen. Es muss aber nach Überzeugung der DSTG ein bestimmtes Mindestniveau bundeseinheitlich geregelt werden. Denkbar wäre eine Verbesserung der bisherigen Obergrenzen oder eine Öffnungsklausel nach oben für die Steuerverwaltung. Schließlich werde von der DSTG auch die geplante Streichung des Verheiratenzuschlags abgelehnt. Auch in diesem Punkt geht es nicht um eine Modernisierung, sondern um eine Verschlechterung der bestehenden Besoldungsstruktur. Das Streichen des Verheiratenzuschlags steht zudem im Widerspruch zur politischen Zielrichtung, junge Familien zu fördern. Wenn man einem jungen Steuersekretär oder einer jungen Steuersekretärin künftig den Familienzuschlag nicht mehr geben wollte, bedeutet

das für diesen besonderen Kreis eine Gehaltsminderung um mehr als 5 %. Staatssekretär Elze erläuterte die Position des Landes Sachsen-Anhalt, im Wesentlichen teilen er und die Landesregierung Sachsens die Bedenken der DSTG. Das Land Sachsen-Anhalt habe bei der ersten Beratung im Bundesrat auch entsprechend votiert. Einen breiten Rahmen bei den Gesprächen nahm auch die Angleichung der Bezahlung Ost an West ein. Der DSTG Vorsitzende verdeutlichte die Position der DSTG, wonach die volle Angleichung auf 100 % zeitnah erfolgen müsse. Es dürfe keinesfalls noch einmal 10 Jahre dauern, bis dieses Ziel erreicht wäre. Überfällig ist ein Stufenplan, der in raschen Schritten den Weg zu den 100 % aufzeigt. Staatssekretär Elze zeigte Verständnis für die Forderung, wies aber auf die ökonomischen Daten des Landes hin. Die neuen Länder werden in erheblichem Umfang durch Transferleistungen des Bundes und der anderen Länder gestützt. Von daher sei es nicht möglich, von heute auf morgen 100 % Bezahlung zu erreichen. Die Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft liege weit unter dem Niveau der alten Länder. Sie liegt auch unter dem heutigen Gehaltsniveau des öffentlichen Dienstes von 90 %. Es sei nicht vermittelbar, wenn bei der Arbeits-

marktsituation in den neuen Ländern und deren ökonomischen Daten der öffentliche Dienst 100 % Bezahlung erhalten würde. Gleichwohl verstehe er die Forderung nach einem Zeitplan. Hierzu könne er aber konkret kein Datum nennen, weil darüber in den Tarifverhandlungen und Besoldungsgesprächen gerungen werden müsse. Auf die Arbeits- und Personallage angesprochen, stellt Staatssekretär Elze die Zahlen und Fakten des Landes Sachsen-Anhalt dar. Die DSTG-Vertreter wiesen darauf hin, dass die Arbeitsmengen in den Finanzämtern von den Beschäftigten als zu hoch empfunden werden. Die Arbeit könne nur bewältigt werden, in dem vielfach Aufgaben ungeprüft übernommen werden. Staatssekretär Elze räumte ein, dass es im Bereich von Betriebsprüfung und Steuerfahndung noch personeller Verstärkung bedarf, dies sei aber auch nur in kleinen Schritten machbar. Im übrigen ist er mit der Arbeitsleistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Finanzämtern sehr zufrieden. Die statistischen Daten zeigen, dass man weitgehend im Bundesschnitt liege. Dem stimmte der DSTG-

Vorsitzende zu, wies aber darauf hin, dass bundesweit in den Finanzämtern Personal fehle. Am Beispiel der steuerlichen Förderung der Zusatzrente machte der DSTG-Bundesvorsitzende deutlich, dass die politisch Verantwortlichen gerne von Steuervereinfachung sprechen, aber in der Praxis genau das Gegenteil tun. Darin bestehe das Problem für die Steuerverwaltung und ihrer Beschäftigten. Die vom Steuergesetzgeber beschlossene Mehrarbeit müsse von den Beschäftigten aufgefangen werden, weil die Finanzminister der Länder das erforderliche Personal nicht einstellt. Das Erledigen der Arbeitsmengen kostet aber letztendlich mehr Geld, weil die damit zusammenhängenden Steuerausfälle ein Vielfaches dessen betragen, was das Mehrpersonal kosten würde. Staatssekretär Elze zeigte Verständnis für die Kritik und die Forderungen der DSTG-Vertreter. Er verwies aber darauf, dass nicht alles, was wünschenswert wäre, machbar sei. Das Gespräch fand in einer guten Atmosphäre statt, wobei die Vertreter der DSTG den Eindruck gewannen, dass Staatssekretär Elze ein guter Sachverwalter ist, der bemüht ist, das Machbare umzusetzen.



In der Zeit vom 22. bis 23. 5. 2001 führte der BPR (Land) der OFD Magdeburg einen Arbeitsbesuch in der gemeinsamen Bildungsstätte des Landes Brandenburg und Sachsen-Anhalt durch. Nach Besichtigung der Schule fand ein Treffen mit Vertretern des BPR (Land) Cottbus statt. Hierbei wurden reichlich Erfahrungen aus der Arbeit der Stufenvertretungen ausgetauscht. Es wurde von beiden Seiten ange-regt, sich regelmäßig zu treffen.

Pension bei Berufsentscheidung einkalkuliert

Jede Neuregelung der Beamtenversorgung ist ein Eingriff in Besitzstände

Ende Mai fand in Ebermannstadt (Oberfranken) die Ortsverbändetagung des Bezirksverbands Nordbayern der Bayerischen Finanzgewerkschaft (bfg) statt. Der Bundesvorsitzende der DSTG, Dieter Ondracek, informierte die über 70 Delegierten im Rahmen eines Referats über die aktuelle politische

Besitzstände aller betroffenen aktiven Beamtinnen und Beamten.

Ein weiteres zentrales Thema in Ebermannstadt bildete das geplante Besoldungsstrukturgesetz der Bundesregierung. Ondracek kritisierte unter dem Beifall der Delegierten unter anderem die darin vorgesehene



Von links nach rechts: Helene Wildfeuer, Peter Stumpf, Dieter Ondracek, Josef Bugiel.

Situation. Einen wesentlichen Aspekt bildete dabei die Sorge über eine Reduzierung des Pensionsanspruchs.

Die Bundesregierung strebe, so Ondracek, als Konsequenz der Rentenreform auch erhebliche Abstriche bei der Beamtenversorgung an. Dabei werde auch darüber diskutiert, den Grundsatz der Versorgung aus dem letzten Amt zugunsten einer Berechnung nach dem Lebens-einkommen aufzugeben. Dies werde die DSTG nicht widerstandslos hinnehmen. Ein junger Mensch kalkuliere bei seiner Berufsentscheidung die höhere Pension im Beamtenbereich bewusst ein und nehme dafür die niedrigeren Aktivbezüge in Kauf. Ein derart gravierender Eingriff in die Versorgungsberechnung wäre somit quasi eine einseitige Änderung der „Vertragsbedingungen“ und ein erheblicher Eingriff in die

Abschaffung des Verheirateten-zuschlags als Verstoß gegen den Alimentationsgrundsatz. Es sei vollkommen widersinnig, auf der einen Seite die Familien durch Erhöhung der Kindergeldsätze fördern zu wollen und ihnen dafür auf der anderen Seite den Verheirateten-zuschlag vorzuenthalten. Ideologische Vorbehalte dürften den Blick für eine wirtschaftliche Betrachtung nicht trüben. Auch wenn der nicht berufstätige Ehegatte heute nicht mehr die Regel sei, so gebe es ihn dennoch. Auch solche Familien hätten Anspruch auf Alimentation, wolle man nicht die Grundsätze des Berufsbeamten-tums zur Disposition stellen.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass die DSTG auch bereit ist, für ihre Überzeugungen erneut auf die Straße zu gehen und öffentlich zu demonstrieren.

2. Deutsche Marathon- und Halbmarathonmeisterschaften der Finanzverwaltung

Marathon bringt Finanzverwaltung auf Trab

Am 16. September 2001 werden im Rahmen des „19. Baden-Marathon“ in Karlsruhe die Meister im Marathon und Halbmarathon neu ermittelt.

An einem hochsommerlichen Tag im Juni 2000 hatten mehr als 100 Kolleginnen und Kollegen der Finanzverwaltung „langen Atem“ bei den „1. Deutschen Marathon- und Halbmarathonmeisterschaften der Finanzverwaltung“ bewiesen. Die Hitzeschlacht mit kleinen Schönheitsfehlern hinterließ bei allen Teilnehmern einen bleibenden Eindruck. So war es kaum zu vermeiden, dem Wunsch der Läufer/innen nachzugeben und eine 2. Auflage vorzubereiten.

Einem kleinen Organisationsteam der OFD Karlsruhe unter der Schirmherrschaft des Oberfinanzpräsidenten der OFD Karlsruhe, Herrn Dr. Manfred Walz, ist es gelungen, die Voraussetzungen zu schaffen, damit am

16. September 2001 in Karlsruhe beim 19. Baden-Marathon ein hoffentlich fröhliches Läuferfest gefeiert werden kann.

Alle Beschäftigten der Finanzverwaltungen sind herzlich eingeladen, sich der Herausforderung „Marathon“ und „Halbmarathon“ zu stellen. Wie im vergangenen Jahr gibt es neben den Einzelwertungen für Damen und Herren auch eine Mannschaftswertung. Die Sieger werden mit einem Pokal geehrt, aber auch die Altersklassensieger sollen diesmal nicht zu kurz kommen. Für sie gibt es einige Sachpreise.

Alle näheren Informationen und Anmeldeunterlagen können angefordert werden bei:

Olaf Freerksen
Finanzamt Mannheim-Stadt
Tel. (06 21) 2 92-36 57
Fax (06 21) 2 92-36 40
E-Mail:
Finanzmarathon@gmx.de
Internet: www.baden-marathon.de



22. Verbandstag in Soest

Stellenabbau in NRW mit fatalen Folgen

„Haushaltsdiktat ruiniert Steuerverwaltung“ war das Motto des 22. Bezirksverbandstages Westfalen-Lippe, in dessen Rahmen eine öffentliche Kundgebung am 19. Juni 2001 in Soest stattfand.

Nach der Begrüßung durch den Bezirksverbandsvorsitzenden, Meinolf Guntermann, und der Ansprache des Oberfinanz-

vorgeworfen, den Stellenabbau konsequent fortzusetzen und völlig zu ignorieren, dass die Steuerverwaltung die einzige Verwaltung sei, die für die notwendigen Einnahmen Sorge. Landtag und Finanzminister wurden aufgefordert, die Arbeit so zu gestalten, dass das reduzierte Personal die vorhandene Arbeit auch tatsächlich



Der wiedergewählte Vorsitzende des Bezirksverbandes Westfalen-Lippe, Kollege Meinolf Guntermann, bei seiner Eröffnungsrede.

präsidenten der OFD Münster, Rudolf Stadermann, folgte eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Landtagsfraktionen Ernst-Martin Walsken (SPD), Helmut Diegel (CDU), Angela Freimuth (FDP) und Ewald Groth (Bündnis 90/Die Grünen) sowie DSTG-Chef Dieter Ondracek und HPR-Vorsitzender Hans-Jürgen Schnieber. Unter der kompetenten Moderation des Rundfunk- und Fernsehjournalisten Manfred Erdenberger diskutierten die Teilnehmer die durch rigorosen Stellenabbau besonders schwierige Lage in den nordrhein-westfälischen Finanzämtern. In einer Entschlie- ßung hatte der Bezirksverbandstag zuvor der Landesregierung und dem Landtag

und mit hoher Qualität erledigen könne. In einer Entschlie- ßung forderte der Bezirksverbandstag grundlegende Änderungen bei der Erledigung von Arbeitnehmer-Erklärungen. Mindestens 50 % der Fälle sollen so aus- gesteuert werden, das sie nicht mehr auf den Schreibtisch des Bearbeiters gelangen. Mit Unterstützung der IT-Technik müsse dann die Steuer- erklärung wie bei einer Selbst- veranlagung erledigt werden. Die qualifizierte Bearbeitung erfolge dann nur noch in mehrjährigen Abständen. Die Verantwortung für eine solche Arbeitsweise haben Finanz- minister und Landtag zu überneh- men. Wer ohne Aufgabenkritik Personal massiv abbaue, müsse



auch die Konsequenzen tra- gen. In einer weiteren Entschlie- ßung wurde die Situation in den Vollstreckungsstellen kriti- siert. Durch die Personalmisere würden auch die Voll- streckungsstellen zu einer gewichtenden Arbeitsweise gezwungen, um sich arbeits- mäßig über Wasser zu halten. Dies führe dazu, dass so genannte kleinere Steuerrück- stände nicht mehr beigetrieben werden. Damit verlasse man endgültig die Grundsätze eines demokratischen Rechtsstaats. Allein schon die Diskussion um eine gewichtende Bear- beitungsweise in Vollstreckungs- stellen sei ein finanzpolitischer und rechtsstaatlicher Skandal, so der Bezirksverbandstag. Mit überwältigenden Voten wur-

den die Kandidaten bei den Vorstandswahlen gewählt. Zum Vorsitzenden des Bezirks- verbandes wurde Meinolf Guntermann mit 98,6 % der abgegebenen Stimmen bestätigt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden gewählt: Thomas Hartmann (höherer Dienst, 99,5 %), Hans-Jürgen Schnieber (gehobener Dienst, 98,1 %), Uwe Waßmann (mitt- lerer Dienst – vor seinem Mit- bewerber Rolf Dauwe) und Friedhelm Thomas (Tariffbe- reich, 92,5 %) Der geschäfts- führende Vorstand wird kom- plettiert durch den Schatzmeis- ter, Heinz Katerkamp (99,5 %), und die Beisitzer Andrea Sauer-Schnieber (95,5 %), Rolf Dauwe (95,7 %), Thomas Quast (92,4 %) sowie Stefanie Jaskulski (87,1 %).



Mit einem Schuss Humor moderierte Manfred Erdenberger die Podiumsdiskussion im Rahmen der öffentlichen Veranstaltung (links: DSTG-Chef Dieter Ondracek, rechts der Vorsitzende des Hauptpersonalrats beim Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen Hans-Jürgen Schnieber).

Ausgedünnter Innendienst meldet „Land unter“

Die Steuerverwaltungen aller Länder haben zu wenig Personal. Dies ist nichts Neues, muss aber den verantwortlichen Finanzministern immer wieder vor Augen geführt werden. Die Folge dieser personellen Unterbesetzung: Es geht Geld verloren – viel Geld, welches den öffentlichen Kassen fehlt. Die DSTG hat dies im Zusammenhang mit der personell schwachen Besetzung der Außendienstes stets angeprangert. Auch die Rechnungshöfe der Länder haben die Finanzminister ermahnt, in den Prüfungsbereichen mehr Personal einzusetzen. Dies wurde in den letzten Jahren Zug um Zug getan. Allerdings nicht so, wie es richtig gewesen wäre, nämlich neue Planstellen zu schaffen und Neueinstellungen vorzunehmen. Statt dessen wurde der Innendienst ausgedünnt. Neben den Umsetzungen vom Innen- in den Außendienst muss der Innendienst zusätzliche, die in fast allen Ländern beschlossenen Personalkürzungsmaßnahmen verkraften. Externe Untersuchungen haben auf Bestellungen der Minister Einsparpotenziale festgestellt, die tatsächlich nicht vorhanden sind. Der damit vorprogrammierte Abbau des Personals bringt nun erhebliche Probleme für den Innendienst der Finanzämter. Die Fallzahlen steigen, das Personal wird weniger. Nach dem Wunsch der Minister soll die Arbeit aber noch schneller erledigt werden. Dies kann nicht funktionieren. Die Finanzminister sind der Meinung, es muss gehen. Und so drängen, drücken und pressen die verantwortlichen Abteilungsleiter in den Ministerien und OFDen die Kolleginnen und Kollegen in einem nicht mehr hinzunehmenden Ausmaß. Die Statistiken werden wiederum zum Maß aller Dinge. Statistiken

haben es so an sich, dass ein Land in Teilbereichen etwas besser liegt als das andere. Die etwas schlechter liegenden werden mit dem Beispiel der vermeintlich besseren genötigt, rascher zu arbeiten. Da niemand Daumen dreht, heißt der Auftrag rascher zu arbeiten, weniger gründlich vorzugehen, immer mehr Veranlagungsfälle ungeprüft zu übernehmen. Dies spricht sich herum. Immer öfter werden in die Steuererklärung Dinge eingebracht, von denen die Steuerbürger selbst wissen, dass eine steuerliche Abzugsfähigkeit nicht gegeben ist. Sie probieren es trotzdem und wenn sie zu den Fällen gehören, die aus Zeitnot abgeschrieben werden, haben sie Geld gespart oder verdient. Und wer will das nicht? Mit dieser Methode fährt der Zug Veranlagung in Kürze an die Wand. Die Unzufriedenheit und der Frust in den Amtsstuben über die hohe Mengenbelastung wächst. Wenn dann Briefe, Anrufe, Mahnungen o. ä. von oben kommen, mit dem Ziel, noch schneller zu werden, noch ungenauer zu arbeiten, schlägt dies rasch in Resignation um. Dies wäre das Allerletzte, was die Steuerverwaltung gebrauchen kann. Dass es in den Veranlagungsbereichen so gewaltig knirscht, liegt nicht an den Beschäftigten, sondern an den nicht umzusetzenden Vorgaben. Der Bundesgesetzgeber beschließt Mehrarbeit am laufenden Band. Die Länderfinanzminister kürzen das Personal. Die Arbeit soll bürgerfreundlicher und besser werden und vor allem schneller. Zaubern kann aber niemand. Aus der Not der Situation heraus, stellen immer mehr Kolleginnen und Kollegen das Veranlagungssystem in Frage. Wenn wir in eigener Verantwortung und auf eigenes Risiko, nur aus

dem Zeitdruck heraus, so viel ungeprüft übernehmen müssen, wäre es dann nicht besser, es würden gleich Verfahren eingeführt, bei dem ein Teil der Fälle den Bearbeitern gar nicht mehr auf den Tisch gesteuert werden muss? Selbstveranlagung meinen manche Propheten, sei die Rettung. Sicher ist es wenig verwaltungswirtschaftlich, mit einem großen Personalaufwand Steuerbescheide zu erstellen, mit dem Ergebnis, dass bereits einmal eingennommene Lohnsteuer zurückbezahlt werden muss. Rein betriebswirtschaftlich betrachtet ist dies unsinnig, Privatwirtschaftlich würde ein Unternehmer eine solche Abteilung schließen, aber dies geht eben nicht, wenn durch den Quellenabzug (Lohnsteuer) den Bürgern mehr abgenommen wird, als nach den steuerlichen Bestimmungen geschuldet, muss die Möglichkeit bestehen, die zunächst zu viel bezahlte Steuer wieder zurückzubekommen. Wenn man auf der anderen Seite sieht, welches Gezerre und welche Mühen es manchmal im Bundestag bereitet, Freibeträge um 10,- DM höher oder niedriger festzusetzen, ist es auch rechtsstaatlich nicht in Ordnung, wenn in der Veranlagungspraxis aus Perso-

nalnot heraus fast alles anerkannt wird, was ein Steuerbürger so meint, absetzen zu können. Dies ist aber die Folge einer Selbstveranlagung und ist auch das Problem bei einer weitgehend ungeprüften Übernahme der Steuererklärungen. Dennoch muss sie etwas tun. Unsere Kolleginnen und Kollegen in den Veranlagungsbereichen arbeiten sich kaputt und ruinieren sich gesundheitlich oder aber resignieren achselzuckend und sagen sich: „Wenn die da oben es so wollen, was soll ich mich strapazieren?“ Abschreiben ist die nervenschonendere Methode.

In dieser Situation ist es absolut kontraproduktiv, die Kolleginnen und Kollegen mit statistischem Druck, Zielvereinbarungen oder sonstigen Maßnahmen zu höheren Mengenproduktionen zu bringen. Die Fakten sind nicht wegzudiskutieren. Die Arbeitsfallzahlen steigen. Das Personal wird weniger. Wie die Kolleginnen und Kollegen die Mengenproduktion bei sinkendem Personal gesteigert haben, ist an den jeweiligen zum 1. 1. eines Jahres erledigten Fällen abzulesen. Zum 1. 1. 1992 waren mit 5 % höherem Personalstand 19,3 Mio. Fälle aus dem VZ 1990 erledigt. Am 1. 1. 2000 waren mit 5 % weniger Personal 25,4 Mio. Fälle erledigt. Die Entwicklung der Fallzahlen und des Veranlagungsstandes zum jeweiligen 1. 1. zeigt die nachfolgende Übersicht:

Veranlagungszeitraum	Zahl der Fälle			in der Veranlagung	Deutschland gesamt
	Steuerart	Fälle	Stichtag	bearbeitet	Erledigungsstand
1990	ESt	23.203.853	01.01.92	17.436.286	75,10%
	KöSt	525.002	01.01.92	150.090	26,80%
	Feststellung	826.769	01.01.92	327.460	39,60%
	USt	3.440.210	01.01.92	1.126.740	32,80%
	GewSt	1.252.360	01.01.92	314.449	25,10%
Gesamt		29.248.194	01.01.92	19.355.025	66,17%
1998	ESt	28.608.338	01.01.00	21.115.295	73,80%
	KöSt	909.534	01.01.00	421.448	46,30%
	Feststellung	1.115.325	01.01.00	544.098	49,10%
	USt	4.956.061	01.01.00	2.492.209	50,30%
	GewSt	2.126.576	01.01.00	824.485	38,80%
Gesamt		37.715.834	01.01.00	25.400.535	67,35%
Mehrfälle		8.467.640		6.045.510	

Zivilcourage bewiesen

Durch die Änderungen des Artikel 108 des Grundgesetzes und eine Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes soll optional ein zweistufiger Aufbau der Finanzverwaltung von Bund und Ländern sowie die Übertragung von Aufgaben der Oberfinanzdirektion auf andere Finanzbehörden ermöglicht werden. Die DSTG hatte sich in ihrer Stellungnahme gegen diese Gesetzesänderungen ausgesprochen.

Bei der abschließenden namentlichen Abstimmung im Deutschen Bundestag hat sich die Abgeordnete Heidemarie Ehlert als einziges Bundestagsmitglied gegen die Gesetzesänderungen ausgesprochen. Die persönliche Erklärung von Frau Ehlert (PDS), die der DSTG-Position entspricht und eine bemerkenswert gute Begründung für ihr Abstimmungsverhalten enthält, ist nachfolgend abgedruckt.

Persönliche Erklärung Heidemarie Ehlert, MdB, zum Abstimmungsverhalten am 29. Juni 2001 zur Änderung des Grundgesetzes gemäß Artikel 108 GG

Unter der Überschrift Modernisierung der Verwaltung wird

ohne Not der bundeseinheitliche Aufbau der Bundes- und Landesfinanzbehörden aufgegeben und der Weg freigegeben für eine Verwaltung je nach Kassenlage.

Mit den vorliegenden Gesetzentwürfen soll die Verteilung der Steuerverwaltungshoheit zwischen Bund und Ländern insofern geändert werden, dass der bisherige dreistufige Aufbau der Bundes- und Landesbehörden in einen zweistufigen umgewandelt werden kann. Die Oberfinanzdirektion als Mittelbehörde zwischen Bund und Land, die sowohl „Aufsichtsbehörde“ des Bundes wie auch Dienstleister für die Finanzämter sind (u. a. zuständig für die strittigen Fälle), sollen künftig wegfallen können.

Artikel 108 GG regelt aber nicht nur die Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Steuerverwaltung, sondern sichert auch eine gleichmäßige Erhebung der wichtigen öffentlichen Abgaben im Bundesgebiet. Diese gleichmäßige Erhebung der öffentlichen Abgaben ist jedoch nur dann gesichert, wenn die Steuerverwaltung nach gleichen Weisungen handelt. Darüber hinaus übt die Mittelbehörde auch eine Dienstleistungsfunktion für die Finanzämter aus. Der Bund darf sich von dieser Aufgabe, die im ganzen Bundesgebiet gleichmäßig durchzuführen ist, nicht ausklinken.

Das komplexe Steuerrecht, die Vielfalt der steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten, die wach-



Dr. Eberhard Schweigert, Gründungsmitglied der DFGH und heute deren Ehrenvorsitzender, feierte im Kreise seiner Familie mit rumänischen, bulgarischen und deutschen Freunden am 3. Mai 2001 in Bukarest seinen 65. Geburtstag. Im Rahmen eines internationalen Programms ist Dr. Schweigert maßgeblich am Aufbau der rumänischen Steuerverwaltung beteiligt. Daneben engagiert er sich für die Verbesserung der Situation von Straßenkindern, die ohne Familienanschluss in der Metropole Bukarest von dem Leben, was die Gesellschaft abwirft. Rumänien ist das Armenhaus Europas.

Das Bild zeigt Dr. Schweigert im Bukarester Büro, in dem sämtliche Wimpel der Deutschland- und Europaturniere die Wände schmücken.

Ende 2001 wird Dr. Schweigert seine Tätigkeit in Rumänien beenden.

sende Menge der Arbeitsfälle belasten die Besteuerungspraxis auf der Ebene in einem immer unverträglicheren Ausmaß. Die Folgen sind bekannt. Steuerrechtspflege, d. h. die sorgfältige Subsumtion der steuererheblichen Sachverhalte unter die Steuernorm findet de facto nicht mehr statt.

Im Zuge der sich immer weiter zuspitzenden Bedingungen können die Oberfinanzdirektionen einen Beitrag leisten, diesen Missstand zu überwinden. Sie können den Finanz-

ämtern zur Seite stehen und praktische Hilfe bei der Rechtsanwendung anbieten. Die Oberfinanzdirektionen als Servicezentren können damit Ausdruck eines professionellen und in die Zukunft weisenden Verwaltungsmanagements sein.

Bei den immer wieder festgestellten Größenordnungen beim Umsatzsteuerbetrug, bei der geringen Zahl der Betriebsprüfungen und fehlenden Steuerfahndern ist über eine innere Neuorganisation der Finanz-

Beamtenkredit
Festzins ab 5,45% (Ges. Laufzeit)

Für alle Beamten a.L. über
Lebensversicherung von
10.000,- DM bis 175.000,- DM.
Auszahlung ab 100%.

Zins fest für gesamte Laufzeit:
12-20 Jahre:
effekt. Jahreszins ab 5,33%

Bsp.: 30jähr. Beamter a.L. Laufz. 20 J.
Zins 6,33% 50% Ausz. 125.000,-
49.000,- mit Zins + LV DM 266,15
175.000,- mit Zins + LV DM 1.962,30

• Verwendung der Überschuss- und
Gewinnanteile auch zur
Laufzeitverkürzung möglich.

Sonderkredit zum Ausgleich eines
Girokontos bis DM 20.000,-
mit DM 240,- Laufzeit: 120 Monate
effektiver Jahreszins: 7,85%

• Sonderkonditionen auch an
Arbeitnehmer a. Angestellte des B. D.
• günstige Hypothekendarlehen

Personlicher Ansprechpartner
Tel. 044 95/93 82-0

Schirmer & Partner
OHG Darlehenverwaltung
27134 Hildesheim, Leineweberweg 5
Fax 044 95/93 82-19

WWW.SCHIRMERUNDPARTNER.DE

ämter generell nachzudenken. So aber wird letztendlich nur den armen Ländern das Angebot gemacht, wenn sie kein Geld mehr haben, können sie auf die Mittelinstanz verzichten. Eine höhere Effizienz der Arbeit der Finanzbehörde ist damit nicht von vornherein gegeben. Fakultativ auf die Mittelbehörde

Oberfinanzdirektion zu verzichten würde bedeuten, die Einheit der Finanzverwaltung und einen einheitlichen Gesetzesvollzug zu gefährden. Deshalb werde ich dem Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 108) nicht zustimmen, sondern dieses Gesetz ablehnen.

Heidemarie Ehlert, MdB

Tauschcke

- StAF aus Hessen (OFD Frankfurt/Main) sucht dringend Tauschpartner/in aus Rheinland-Pfalz (OFD Koblenz).
- StS'in aus Baden-Württemberg (OFD Stuttgart) sucht dringend Tauschpartner/in aus Rheinland-Pfalz (OFD Koblenz).
- StAI beim Finanzamt Wernigerode (Sachsen-Anhalt) sucht Tauschpartner/in aus Bayern (alle OFD's).
- St'in z. A. aus Hessen (OFD Ffm) such aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner/in aus Niedersachsen (Hannover) – auch Ringtausch.
- RINGTAUSCH: Welcher A9er (g. D.) möchte aus Niedersachsen in ein anderes Bundesland wechseln und welcher A9er (g. D.) möchte aus dem Bundesgebiet nach Hessen wechseln. Bitte meldet euch – wir versuchen einen Ringtausch zu organisieren!
- St'in z. A. aus Neuss (OFD Düsseldorf) sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner/in aus Cuxhaven (OFD Hannover) oder Bremerhaven (OFD Bremen) – auch Ringtausch.
- St'in aus Hamburg sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner aus Schleswig-Holstein.



Der Bundesfinanzhof in München sucht **eine/n Steuer(ober)inspektor/in** zur Verwendung in der Dokumentationsstelle.

Die Stellenausschreibung richtet sich an überdurchschnittlich qualifizierte Beamte mit mehrjähriger Berufserfahrung, möglichst in der Veranlagung, Betriebsprüfung oder Rechtsbehelfsstelle; Alter bis etwa 30 Jahre.

Ein Amt der BesGr. A 12 kann bei entsprechenden Leistungen in wenigen Jahren erreicht werden.

Es wird eine Stellenzulage in Höhe von 355,06 DM für den Dienst bei obersten Bundesgerichten gezahlt.

Die Stelle ist auch zur Besetzung mit Teilzeitkräften geeignet.

Bewerbungen von Schwerbehinderten werden bevorzugt berücksichtigt.

Bei der Wohnungsbeschaffung sind wir behilflich.

Bewerbungen werden bis zum 31. August 2001 an den Bundesfinanzhof, Ismaninger Straße 109, 81675 München erbeten.

Persönliche Vorstellung nur nach Vereinbarung; telefonische Auskunft unter der Rufnummer (089) 9231-215 oder -268.

In eigener Sache

Umzug läuft

Wie bereits mehrfach angekündigt, verlegt die DSTG-Bundesgeschäftsstelle ihren Sitz von Bonn nach Berlin. Der Umzug wird in der Zeit vom 20. bis 24. August 2001 stattfinden. Die neue Anschrift lautet dann:

**Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Friedrichstraße 169/170
10117 Berlin**

Die neuen Telefon- und Faxanschlüsse werden wir so schnell als möglich mitteilen. Sobald wir in Bonn nicht mehr erreichbar sind, ist die neue Rufnummer unter der bekannten Bonner Rufnummer abrufbar. Wir sind bemüht, den Geschäftsbetrieb in der Umzugswoche so weit als möglich aufrechtzuerhalten, bitten jedoch schon im Voraus um Ihr Verständnis, wenn es zu Einschränkungen kommt.

Lehrgänge zum Steuerberater



STEUER-LEHRGÄNGE
DR. STITZ

Samstagslehrgang*	ab 25.05.2002
Dreimonatskurs*	11.06. – 30.08.2002
Crash-Kurs*	03.09. – 28.09.2001
Fernlehrgang*	ca. 1 Jahr
Klausurenkurs	01.04. – 15.09.2002

*inklusive integriertem Klausurenkurs

DEUTSCHE AKADEMIE
FÜR STEUERN,
RECHT & WIRTSCHAFT

Begutachtet durch das Bundesinstitut für Berufsbildung. Zugelassen durch die Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht. Umfassende examensbezogene Loseblattausgabe sowie CD-ROM in allen Kursen.

**Mehr als 30 Jahre
Erfahrung**

Aktuelles Steuerrecht für Praktiker:

Aktuelles Ertragsteuerrecht	08.09.2001
Aktuelles Körperschaftsteuer- und Umwandlungssteuerrecht	20.10.2001
Aktuelle Abgabenordnung	17.11.2001

50868 Köln, Postfach 41 08 80
Tel.: (02 21) 4 20 56 20, Fax: (02 21) 4 20 56 11
E-Mail: steuer@stitz.de
Internet: www.stitz.de